Stand: 15.12.2025 16:35:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9930

"Für eine gemeinsame und verantwortungsvolle europäische Flüchtlingspolitik"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9930 vom 04.02.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10727 des BU vom 16.02.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10962 vom 12.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 12.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 04.02.2016 **Drucksache 17/9930**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für eine gemeinsame und verantwortungsvolle europäische Flüchtlingspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene und auf Bundesebene für eine humanitäre und an den gültigen menschenrechtsstandards orientierte Lösung der Versäumnisse der Flüchtlingspolitik einzusetzen. Eine koordinierte und solidarische europäische Flüchtlingspolitik ist die einzige Alternative zu nationalstaatlich orientierten Abschottungsmaßnahmen, welche langfristig den Zusammenhalt der Europäischen Union gefährden.

Der Landtag stellt fest:

– Die Europäische Union versteht sich als gemeinsamer Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts und als Solidargemeinschaft. In ihren Verträgen und der Grundrechte-Charta ist das Recht auf Asyl verbrieft.
– Für die bisherige Dublin-Regelung, die höchst ungerecht ist und das gemeinsame Haus Europas zum Wanken bringen kann, brauchen wir einen europäischen Ersatz mit einem Verteilungsschlüssel auf die Mitgliedstaaten, fairen Asylverfahren nach EU-weiten Standards und europäischer Unterstützung in den Erstaufnahmeeinrichtungen innerhalb Europas und einheitlicher Registrierung in ausreichend großen sogenannten Hotspots.
– Eine gemeinsame Flüchtlingspolitik in Europa erfordert, dass in allen Mitgliedstaaten faire Asylverfahren nach EU-weiten Standards mit annähernd gleichen Anerkennungschancen und Mindestversorgungsstandards geschaffen werden. Dazu brauchen wir eine europaweite Integrationsstruktur, die von der EU vor allem in strukturschwächeren Mitgliedstaaten und Regionen unterstützt wird. In Mitgliedsstaaten, die sich letztlich nicht an einem europäischen Verteilungsschlüssel beteiligen wollen, sind zivilgesellschaftliche Akteure, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, stärker durch die EU zu unterstützen.
– Die Fluchtursachen müssen durch mehr gemeinsame Außenpolitik und eine ausreichende und verlässliche humanitäre Hilfe sowie durch faire und nachhaltige Reformen der Politiken der EU und ihrer Mitgliedstaaten in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Fischerei und Umweltschutzpolitik eingedämmt werden.
– Legale Einreisewege müssen ausgebaut werden: diese sind sichere Einreisewege für Verfolgte und entziehen der Schlepperei die Geschäftsgrundlage.
– Erforderlich ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Lage in den Balkanstaaten durch Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit und eine echte EU-Beitrittsperspektive.

Begründung:

Wir müssen unsere Flüchtlingspolitik in Europa und insbesondere mit unseren Nachbarländern gemeinsam regeln. Nationale Alleingänge und Grenzsperrungen schaffen humanitäre Not und gefährden bisher erreichte Errungenschaften Europas. Auch die Vorschläge um die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten um Armenien, Algerien, Bangladesch, Benin, Gambia, Georgien, Indien, Mali, Mongolei, Nigeria, Republik Moldau, Ukraine, Marokko und Tunesien lösen nicht die Ursachen. In allen Staaten existieren Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Korruptionsbekämpfung und beim Menschen- und Minderheitenschutz.

Weder wurde bisher die Finanzklemme der UNHCR behoben, noch die Zusagen, die Nachbarstaaten Syriens bei der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge zu unterstützen. Angesichts der sich weiter verschärfenden Flüchtlingssituation in und um Syrien werden die zwischen der EU und der Türkei vereinbarten 3 Milliarden Euro die Herausforderungen nicht lösen.

Vor dem Hintergrund derart immenser derzeitiger Handlungsversäumnisse ist es geradezu absurd, durch Klageandrohungen von Bayern gegen die Bundesregierung oder durch Abschottung der Grenzen die anstehenden Aufgaben lösen zu wollen. Die Folgen der Wiedereinführung von Grenzkontrollen würden die erforderlichen gemeinsamen solidarischen Lösungen verhindern und Europa nachhaltig schädigen. Vielmehr muss derEinwanderungspolitik durch ein entsprechendes Einwanderungsgesetz ein Rahmen verliehen werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.02.2016 **Drucksache** 17/**10727**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**9930**

Für eine gemeinsame und verantwortungsvolle europäische Flüchtlingspolitik

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatter: **Dr. Martin Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 16. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.04.2016 **Drucksache** 17/**10962**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**9930**, 17/**10727**

Für eine gemeinsame und verantwortungsvolle europäische Flüchtlingspolitik

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich **Tagesordnungspunkt 4** aufrufen:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit sowie über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:
   Öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit den Ökologisierungsvorschriften im Rahmen des GAP-Direktzahlungssystems im ersten Jahr der Anwendung
   15.12.2015 - 08.03.2016
   Drs. 17/9737, 17/10695 (E) [X]

   Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
   Votum des endberatenden Ausschusses für
   Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Sprachförderung in bayerischen Kindertagesstätten verbessern – Sonderprogramm zur Förderung von Flüchtlingskindern und Kindern mit Migrationshintergrund auflegen
   Drs. 17/9193, 17/10562 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Integration ist eine Daueraufgabe − Lehrerinnen und Lehrern für Deutsch als Zweitsprache sichere Arbeit geben
Drs. 17/9252, 17/10611 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	Z

4. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Umgang mit Regenwasser in Bayern
Drs. 17/9370, 17/10621 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Konsequenzen aus den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln
Drs. 17/9718, 17/10707 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	A

6. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Mindestinvestitionskosten für Maßnahmen zur Einbruchsicherheit abschaffen
Drs. 17/9791, 17/10412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

7. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Effektiver und unabhängiger Verbraucherschutz − Maßnahmenpaket zur Stärkung der Lebensmittelüberwachung
Drs. 17/9793, 17/10733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einbeziehung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst bei geplanter Meinungsumfrage zu Denkmalschutz und -pflege
Drs. 17/9803, 17/10646 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership (OGP) unterstützen
Drs. 17/9804, 17/10706 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zwischenbericht Entwicklungskonzept Donaumoos
Drs. 17/9826, 17/10472 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rückkehr in Würde ermöglichen, bei Abschiebungen die Situation des Einzelfalls berücksichtigen
Drs. 17/9833, 17/10709 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Deutsches Museum − Außenstelle Nürnberg
Drs. 17/9837, 17/10647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Informationstafeln an staatlichen Gebäuden mit NS-Bezug
Drs. 17/9838, 17/10648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reichsparteitagsgelände Nürnberg
Drs. 17/9839, 17/10649 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch u.a. SPD
Polizeibootshaus in Utting am Ammersee
Drs. 17/9842, 17/10411 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für funktionsfähige Rückkehr- und Reintegrationsprojekte in den Balkanländern sorgen
Drs. 17/9849, 17/10726 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine gemeinsame und verantwortungsvolle europäische Flüchtlingspolitik
Drs. 17/9930, 17/10727 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

18. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU
UAVs für die Bayerische Polizei
Drs. 17/9949, 17/10413 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Weiterentwicklung der geriatrischen Forschung und Lehre
Drs. 17/9975, 17/10650 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zum aktuellen Stand der grenzüberschreitenden Notrettung
Drs. 17/10006, 17/10524 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umfassendes Verbot von Legal Highs
Drs. 17/10011, 17/10717 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfassungswidrige Bargeldobergrenzen verhindern − Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen
Drs. 17/10126, 17/10731 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz (BayVSG)
Drs. 17/10204, 17/10480 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. und Fraktion (SPD)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz
Drs. 17/10296, 17/10481 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierung der Serviceagentur „Ganztägig lernen" Bayern dauerhaft sicherstellen
Drs. 17/5098, 17/10200 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.